

## ■ Wowereit: Familienpolitik ist zentrales Thema des Senats

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat bei der Entgegennahme des Berliner Familienberichts 2011 die Bedeutung der Familienpolitik des Senats unterstrichen.



Wowereit: „Familien prägen unser Gemeinwesen. Für die Zukunft der Stadt müssen wir deshalb gute Lebensbedingungen für Familien sicherstellen und ihnen vor allem Entwicklungschancen bieten. Dazu gehören insbesondere verbesserte Betreuungsangebote in Kitas und Horten. Berlin ist da schon jetzt vorbildlich, aber es sind, wie auch der Familienbericht zeigt, weitere Akzente im Interesse junger Familien sinnvoll, um Familie und Beruf noch besser miteinander vereinbar zu machen. Ich danke dem Berliner Beirat für Familienfragen für seine intensive Arbeit, die wichtige Anregungen für unsere Stadt enthält“.

Die Familienpolitik stand auch im Mittelpunkt der diesjährigen Klausurtagung der SPD-Abgeordnetenhausfraktion. In einer Resolution unterstrich die SPD-Fraktion ihr Ziel, die Rahmenbedingungen, in denen Eltern und Kinder in Berlin leben, offensiv familienfreundlicher zu gestalten.

Seite 6 bis 8

## ■ Vorgestellt: Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) in Berlin-Mitte



Gegründet 1888 von sechs Berliner Zimmerleuten für die „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“, hat sich der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) zu einer modernen Hilfsorganisation weiterentwickelt, welche in Berlin von insgesamt 43.000 Mitgliedern unterstützt wird und sich in den Bereichen Erste-Hilfe-Ausbildung, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Rettungshundestaffel, Sanitätsdienst und Wasserrettungsdienst engagiert. Im Bezirk Berlin-Mitte, in der Seestraße 121, befindet sich die Geschäftsstelle des ASB Regional-

verbandes Berlin-Nordwest e.V.. Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine Hilfsorganisation der freien Wohlfahrtspflege. Er engagiert sich in den Bereichen Erste-Hilfe-Ausbildung, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Rettungshundestaffel, Sanitätsdienst und Wasserrettungsdienst.

Seite 2

## ■ Jetzt wird's wild: Der Ruf des Wedding



Der Ruf des Weddings ist wild. So wild wie Tarzan, der legendäre Urwaldmensch. Die Weddinger Künstlergruppe Club Real will dies mit einer Lichtinstallation erlebbar machen, die gemeinsam mit Bewohnern, Passanten und Schülern des Quartiers Pankstraße umgesetzt wird.

Im Januar wurden Anwohner von der Künstlergruppe gebeten, den berühmten Tarzan-Schrei zu imitieren - und dabei fotografiert. Die Fotos wurden auf Lampions gezogen, die in den Bäumen am Leopoldplatz aufgehängt werden.

Eingeschaltet wird die Lampengalerie erstmals am Sonntag, 5. Februar um 18.00 Uhr in der Nazarethkirchstraße zwischen Leopoldplatz und Maxstraße. Näheres: [www.da-geht-der-pank-ab.de](http://www.da-geht-der-pank-ab.de)

## ■ Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

zum Jahresbeginn wurde die neue Ausgabe des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ vorgelegt, mit dem die Entwicklung der Quartiere und Stadtteile Berlins aufgezeigt wird. Darin werden unseren Weddinger Kiezen zwar nach wie vor eher schlechte Kennzahlen attestiert. Allerdings zeigt die Untersuchung auch, dass negative Entwicklungstendenzen mit den verschiedenen Förderprogrammen wie z.B. dem Quartiersmanagement oder den „Aktiven Zentren“ gestoppt oder zumindest doch spürbar entgegen gewirkt werden konnte. Einen ersten Überblick über das Monitoring 2010 finden Sie auf Seite 5.

Dreh- und Angelpunkt positiver Entwicklungstendenzen sind intakte Familien. Mit zahlreichen konkreten Maßnahmen soll das Leben für Familien in der Stadt verbessert werden. Das hat die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses auf ihrer Klausurtagung in Dresden beschlossen. So sollen die Bedürfnisse von Familien stärker bei der Stadtplanung einbezogen werden. In den Kitas und Schulen wird die Qualität weiter verbessert, zukünftig soll es ein subventioniertes Mittagessen für die Kinder und Jugendlichen in allen Berliner Schulen geben.

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses will mit der Veränderung der Rahmenbedingungen dem neuen Bild von Familie gerecht werden. „Familien sind bunter und vielfältiger geworden, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht weniger wichtig“, heisst es in dem Beschluss.

Mit ihrem Familienbild unterscheidet sich die SPD deutlich von konservativen Vorstellungen. „Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zusage und Generationen füreinander einstecken“, so der Beschluss. „Damit Familien diese Verantwortung auch tragen können, bedarf es einer angemessenen Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten.“

Die konkreten Ziele und Forderungen der SPD für die Familienpolitik finden Sie ab Seite 6. Ich wünsche Ihnen eine angeregte Lektüre.

Ihr

R. Wieland

## ■ Vorgestellt: Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) in Berlin-Mitte

Der Arbeiter-Samariter-Bund ist eine Hilfsorganisation der freien Wohlfahrtspflege. Er engagiert sich in den Bereichen Erste-Hilfe-Ausbildung, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Rettungshundestaffel, Sanitätsdienst und Wasserrettungsdienst.

Die Initiative zur Gründung des Arbeiter-Samariter-Bundes geht in das Jahr 1888 zurück, als sechs Berliner Zimmerleute den ersten Lehrkursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ ins Leben riefen. Der Grund waren die enorm hohen Unfallzahlen und im Besonderen der Einsturz einer Mauer in Berlin Pichelsdorf, der viele Opfer forderte.

Heute hat sich der ASB zu einer modernen Hilfsorganisation weiterentwickelt, welche in Berlin von insgesamt 43 000 Mitgliedern unterstützt wird. Im Bezirk Berlin-Mitte, in der Seestraße 121, befindet sich die Geschäftsstelle des ASB Regionalverbandes Berlin-Nordwest e.V..

Hier bildet der ASB im Jahr ca. 1500 Menschen in der Ersten-Hilfe aus. Ein Schwerpunkt soll in diesem Jahr bei der Ausbildung von jungen Ersthelfern in Schulen, den Sanitätern von morgen, gesetzt werden.

Am Standort in der Seestraße hat der ASB außerdem eine Großküche des Berlinweit einsetzbaren Betreuungsdienstes. Zum Einsatz kommen die ehrenamtlichen Samariterinnen und Samariter u.a. bei Evakuierungen nach Bombenfunden, langen Einsätzen der Berliner Feuerwehr oder bei Unterstützungseinsätzen der Rettungshundestaffel. Hierzu sind ständig 1.000 Portionen Essen vorrätig. Mit dem Bezirksamt Mitte hat der ASB ein Abkommen zum Einsatz bei Evakuierungen. Hierfür werden drei Notunterkünfte vorgehalten, die im Einsatzfall in Betrieb genommen werden.

Jungen Berlinerinnen und Berlinern bietet der ASB außerdem die Möglichkeit, Erfahrungen im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) zu machen. Aktuell werden zwei Plätze im Bereich der Erste-Hilfe-Ausbildung angeboten. Sie dienen in erster Linie der Unterstützung bei den Erste-Hilfe-Schnupperkursen, mit denen Kindern im Alter von 4-5 Jahren in Kindertageseinrichtungen die ersten Grundzüge der Ersten Hilfe gezeigt werden. Dabei zeigen sich die Kinder oft engagierter als so manch Erwachsener. Zum August 2011 werden wieder zwei neue Plätze zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.asb-berlin-nordwest.de](http://www.asb-berlin-nordwest.de) oder telefonisch bei der ASB-Geschäftsstelle unter 030 / 45 02 60 97.

### ■ Übrigens...

als Mitglied im Arbeiter-Samariter-Bund erhalten Sie neben der Möglichkeit eines weltweiten Rückholdienstes im Krankheitsfalle, jährlich einen Erste-Hilfe Gutschein zur kostenlosen Teilnahme an einem unserer Lehrgänge.



Ob als Betreuungsdienst bei Veranstaltungen oder im Sanitätsdienst wie z.B. hier im Berliner Olympiastadion - die Tätigkeitsfelder des ASB sind vielfältig.

Fotos: ASB

### ■ Der ASB empfiehlt eine Auffrischung der Erste-Hilfe Kenntnisse alle zwei Jahre.

Mehrere 100.000 Menschen erleiden jedes Jahr in Deutschland einen Unfall oder einer schwere akute Erkrankung, wie den Herzinfarkt oder einen Schlaganfall. Eine Vielzahl von Menschen überlebt speziell diese akuten Erkrankungen nicht oder nur mit dauerhaften körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen.

Viele Menschen könnten gerettet werden - wenn nur die Symptome rechtzeitig erkannt würden, wenn sofort mit dem Rettungsdienst qualifizierte Hilfe geholt und Erste-Hilfe geleistet würde. Unser erklärtes Ziel ist es, möglichst viele Ersthelfer zu schulen, welche qualifizierte Erste-Hilfe leisten können und die Zeit bis zum Eintreffen der Rettungsdienste überbrücken.

## ■ Im wilden Wedding

Im Wedding sind die Cowboys los. Im Februar nimmt das Prime-Time-Theater in der Müllerstraße die beliebte Türkalo-Western-Komödie „Im wilden Wedding“ noch einmal ins Programm auf, mit überarbeiteten Szenen und neuer Besetzung. Wer also immer schon



einmal wissen wollte, wie der Gesundbrunnen zu seinem Namen kam, der sollte sich auf sein Pferd schwingen und sich das „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“-Special nicht entgehen lassen.

Die Story ist – wie könnte es beim Prime-Time-Theater anders sein – natürlich wieder voll aus dem prallen Leben gegriffen: Das Städtchen Wild Wedding liegt zwischen dem Gesundbrunnen und dem prenzlonischen Berg. Seine Bewohner, unter ihnen der Saloonchef Ahmed und seine Tochter Alida, leben unter der Herrschaft des selbsternannten Sheriff Blackhand und müssen Schutzgeld an ihn und seinen Schläger Todd zahlen. Eines Tages kommt ein Fremder in die Stadt: Murat, die schnellste Hand von hier bis Ankara. Merkwürdige Dinge spielen sich ab. Murats Pferd GTI (großes türkisches Indianerpony) lahmst zuerst und bekommt dann Durchfall und zwingt so den Fremden in Wild Wedding zu bleiben...

„Im wilden Wedding“ läuft durchgängig im Februar außer Mi und Do. Kartenreservierungen unter 49 90 79 58 oder [www.primetimetheater.de](http://www.primetimetheater.de)

## ■ Kultureller Bildungsverbund Pankstraße vorgestellt

Kulturstadträtin Dagmar Hänisch stellte im Rahmen einer öffentlichen Präsentation in der Herbert-Hoover-Oberschule Mitte Januar den „Kulturellen Bildungsverbund Pankstraße“ vor.

Mit dieser modellhaften Kooperationsvereinbarung soll die kulturelle Bildungsarbeit mit dem Schwerpunkt Darstellendes Spiel und Musik an verschiedenen Bildungseinrichtungen rund um die Pankstraße nachhaltig verankert werden. Am Verbund nehmen vier Kindertagesstätten, (Schönwalder Straße, Neue Hochstraße, Reinickendorfer Straße, Ruheplatzstraße), zwei Grundschulen (Humboldtthain-GS und Wedding-GS) und die Sekundarschule Herbert-Hoover-OS teil.

Ziel ist die Schaffung eines unterrichtsbegleitenden bzw. die Ganztagsbetreuung ergänzenden Angebotes als verbindendes Element in der Arbeit. Unterstützt wird das Projekt, an dem sich u.a. das Kinder- und Jugendkunsthause Schönwalder Straße, die Bibliotheken, die Musikschule und die Volkshochschule beteiligen, vom Quartiersmanagement Pankstraße und mit Mitteln aus dem Stadtteilprogramm Soziale Stadt über drei Jahre mit 90.000,- Euro gefördert.

Nähere Informationen finden sich im Web unter [www.kultureller-bildungsverbund-pankstrasse.de](http://www.kultureller-bildungsverbund-pankstrasse.de).

## ■ Welches Krankenhaus macht was wie oft?

### Neue Fallzahlen von Krankenhausbehandlungen in Berlin veröffentlicht



© Gerd Altmann / Pixello.de

Täglich stehen Patientinnen und Patienten und deren Ärztinnen und Ärzte vor der Aufgabe, für eine notwendige Behandlung ein geeignetes Krankenhaus auswählen zu müssen. Die Entscheidung für ein bestimmtes Krankenhaus sollte auf aktuellen Informationen basieren. Die Senatsgesundheitsverwaltung veröffentlicht daher seit Jahren Daten zur Häufigkeit operativer Krebsbehandlungen in den Krankenhäusern. In diesem Jahr wurden die Darstellungen erweitert und erstmals Leistungszahlen zu Krankenhausbehandlungen außerhalb der Tumormedizin zusammengestellt und veröffentlicht.

Die Fallzahlen und weitere Informationen unter

<http://www.berlin.de/sen/gesundheits/krankenhauswesen/krankenhausplan>

## ■ Höhere Bußgelder für Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz



© Helga Schmadel / Pixello.de

Gewerbetreibende, die gegen den Jugendschutz verstoßen, müssen künftig mit teilweise deutlich höheren Bußgeldern rechnen. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat jetzt einen neuen Bußgeldkatalog veröffentlicht, der ab 1. Februar wirksam wird. Es ist die erste Erhöhung des Rahmens für Bußgeldzahlungen seit 2003.

Veranstalter und Gewerbetreibenden droht jetzt für die Abgabe alkoholischer Getränke an Kinder ein Bußgeld von 1.500 Euro - statt bisher 400 Euro. Bei der Abgabe an Jugendliche sind es 750 Euro - statt bisher 300. Die Abgabe von Zigaretten an Kinder kann jetzt mit einem Bußgeld von bis zu 1.000 Euro belegt werden - statt bisher 300.

Die Überwachung des Jugendschutzes liegt in Berlin seit 2008 nicht mehr bei den Jugend-, sondern bei den bezirklichen Ordnungsämtern.

## ■ **Mysteriöser Gegenstand verursacht Massenpanik am S-Bahnhof Wollankstraße**

Ein mysteriöses Objekt hat am Sonntag die Besucher des S-Bahnhofs Wollankstraße in Aufregung versetzt.



Ein Augenzeuge konnte noch diese Zeichnung anfertigen, bevor er in Ohnmacht fiel. Ein ausführlicher Hintergrundbericht zu dem Vorfall findet sich auf der Website der Zeitung „Der Kojote“ unter [www.kojotemagazin.de](http://www.kojotemagazin.de).

Mehrere hundert Menschen wollten wie üblich den Tag auf dem Bahnsteig verbringen, als sie Zeuge einer unerklärlichen Erscheinung wurden: Quasi aus dem Nichts sei ein „riesiger metallischer Gegenstand“ vor ihnen aufgetaucht, gaben aufgeregte Beobachter den herbeigerufenen Polizeibeamten zu Protokoll. Das quaderförmige Objekt in ocker-roter Farbe habe seitliche Fensteröffnungen und kleine Räder an der Unterseite gehabt. In einer Art Kanzel an der Front soll ein Wesen in einem blauen Anzug und mit roter Kappe gesessen haben.

„Ich stehe seit Jahren täglich mehrere Stunden auf S-Bahnhöfen“, erklärte Berufspendler Albert Schlotz (58) Reportern der Zeitung „Der Kojote“, „doch so etwas habe ich noch nie gesehen!“ In Panik flohen die Menschen vom Bahnhof, etwa 20 Personen zogen sich in dem Gedränge leichtere Verletzungen zu.

Die S-Bahn-Führung bestritt unterdessen den Vorfall: Sofortige Nachforschungen hätten ergeben, dass sich im Berliner Schienennetz derzeit keine Objekte der beschriebenen Art befänden.

## ■ **Entschädigung ist völlig unzureichend - Gewerbetreibende nicht vergessen**

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, hält die von der S-Bahn angekündigte Entschädigung für „völlig unzureichend“. Müller: „1 Monat gratis ist bei diesen Zugausfällen und bei dieser Unzuverlässigkeit der S-Bahn mit Sicherheit zu wenig. Auch die Regelung für S-Bahnkunden ohne Jahreskarte ist frech. Das Mindeste wäre es, wenn die S-Bahn die Fahrgäste in der gleichen Höhe entschädigen würde wie im Vorjahr - also mit 2 Monaten Gratisfahrt für die Inhaber von Jahreskarten und Freifahrten am Wochenende für alle Kunden.“

Eine Entschädigung in dieser Größenordnung hat S-Bahn-Chef Buchner auch bereits vor zwei Wochen angekündigt. Müller: „Dieser Rückzieher ist unerklärlich und wirft wieder Fragen nach der Rolle des Mutterkonzerns auf.“

Der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende erwartet jenseits einer angemessenen Entschädigung für die Fahrgäste auch Regelungen für die Gewerbetreibenden auf den S-Bahnhöfen. „Viele Betreiberinnen und Betreiber von Geschäften auf den Bahnhöfen haben durch das S-Bahnchaos Einnahmeausfälle. Oft haben diese nur kleine Läden, sie sind auf jede Einnahme angewiesen. Ich erwarte, dass die Bahn sich ihnen gegenüber anständig verhält und sie ebenfalls entschädigt oder die Pacht reduziert“, so Michael Müller.

## ■ **Ideen für 2011 gesucht**

Für den Kiez rund um die Pankstraße werden auch für 2011 wieder Ideen für kleine Projekte gesucht, die der positiven Entwicklung des Wohnumfeldes dienen. Insgesamt sind hierfür 15.000 Euro vorgesehen, die im Rahmen des Quartiersfonds I mit bis zu 1.000 Euro je Projekt vergeben werden.

Eingereicht werden können die Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Initiativen und sozialen Trägern, Schulen oder Jugendeinrichtungen.

Beratung und Hilfestellung bei den Bewerbungen gibt das Quartiersmanagement Pankstraße in der Prinz-Eugen-Str. 1, Tel. 74 74 63 47. Ausführliche Informationen und Unterlagen finden sich auch auf der Website des QM unter [www.pankstrassequartier.de](http://www.pankstrassequartier.de).

Allerdings steht das Vergabeverfahren 2011 gegenwärtig unter einem Finanzierungsvorbehalt. Aufgrund der Streichungen der schwarz-gelben Bundesregierung am Programm „Soziale Stadt“ können zur Zeit keine Fördermittelzusagen gemacht werden.

## ■ **Ausstellungstipp: „Über(s) Leben“ Tschetschenische Jugendliche in Berlin**

Bis zum 17. Februar zeigt die Galerie im August-Bebel-Institut die Ausstellung „Über(s) Leben - Tschetschenische Jugendliche in Berlin“. In Berlin leben über 1500 Flüchtlinge aus Tschetschenien - und ihre Zahl wächst. Wir wissen kaum etwas über sie. Die Ausstellung will informieren und Begegnung schaffen mit einer islamischen Minderheit, die bisher in Deutschland nur am Rande wahrgenommen wird. In der Ausstellung vermischen sich die Zeugnisse der aktuellen Lebenssituation in Berlin mit den Erinnerungen an die verlorene Heimat und geben einen tiefen Einblick in die Lebenswelt der Jugendlichen.

Das August-Bebel-Institut befindet sich in der Müllerstr. 163, S- und U-Bahn Wedding, geöffnet Montag bis Freitag von 14.00 bis 18.00 Uhr.

Warum nur lesen, wie andere Politik machen?

### **Mitmachen und einmischen!**

Z.B. in Vereinen und Initiativen, in Quartiersräten und Stadtteilvertretungen.

**Und natürlich auch in der SPD.**

Über die vielfältigen Möglichkeiten, sich in der SPD zu engagieren, informiert gern das Kreisbüro der SPD Mitte unter Tel. 46 92 - 130. Oder ein Blick auf die Website [www.mitte.spd-berlin.de](http://www.mitte.spd-berlin.de)

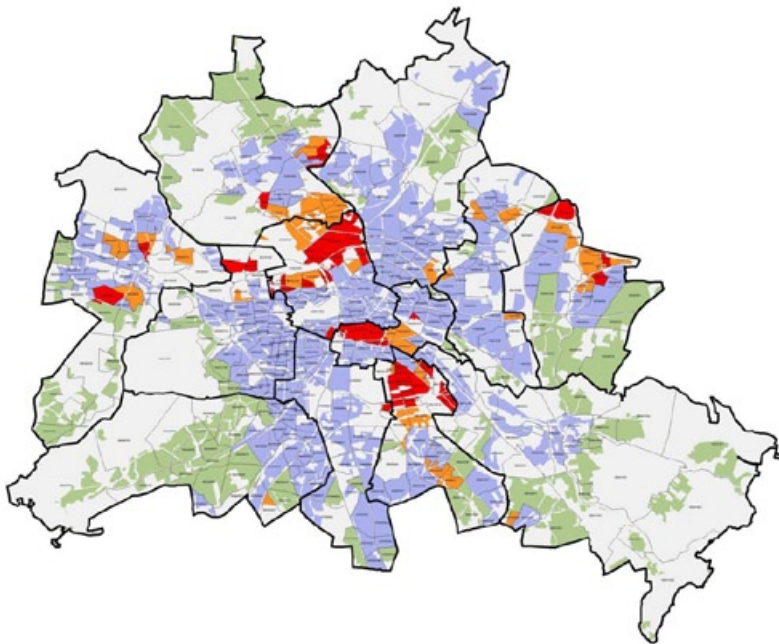
Übrigens: Man muss nicht gleich Mitglied werden, um mitreden zu können.

## ■ Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010 vorgelegt

### Erfolge des Programms Soziale Stadt in benachteiligten Gebieten nachweisbar

Gemeinsam mit Prof. Dr. Hartmut Häussermann hat die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, Mitte Januar das aktuelle Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010 vorgestellt.

Die Ergebnisse bestätigen, dass das Programm „Soziale Stadt“ in den richtigen Gebieten tätig ist. Die benachteiligten Gebiete wurden nicht von der Gesamtentwicklung abgekoppelt. Im Gegenteil, bei wichtigen Indikatoren sind Erfolge nachweisbar, die das Programm Soziale Stadt ermöglicht hat.



Ziel des Monitoring Soziale Stadtentwicklung ist es, mit einem statistischen Indikatorensystem soziostrukturelle Veränderungen in Teilgebieten der Stadt und in den verschiedenen Quartieren Berlins wissenschaftlich zu beschreiben und zu analysieren. Die Ergebnisse der einzelnen Quartiere führen zu einer Einordnung in vier Gruppen, wobei Gruppe 1 die beste Entwicklung aufweist, Gruppe 4 die schlechtesten Kennzahlen aufweist.

Senatorin Junge-Reyer: „Mit Hilfe des Monitoring Soziale Stadtentwicklung sehen wir genau, wo sich in der Stadt kritische Entwicklungen abzeichnen und wo sich Verbesserungen der Lebenssituationen nachweisen lassen. Erfreuliche Botschaft auch in diesem Jahr ist, dass die sozial problematischen Gebiete sich nicht von der gesamtstädtischen Entwicklung abgekoppelt haben. Besonders erfreulich: Die Jugendarbeitslosigkeit hat dort in den beiden Jahren 2008 und 2009 um 2,0 Prozentpunkte abgenommen (in Gesamt-Berlin um 0,2 Prozentpunkte). Anders verhält es sich bei der Kinderarmut, die in den schwierigsten Gebieten im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 0,3 Prozentpunkte ausweist, während sie in Berlin insgesamt um 1,2 Prozentpunkte abnahm.“

Das Monitoring wird seit 1999 erstellt, seit 2007 im jährlichen Abstand. Es ist bundesweit vorbildlich; andere Großstädte wie z.B. Hamburg haben den Berliner Ansatz übernommen. Die umfangreiche soziologische Untersuchung ist ein „Frühwarnsystem“ zur Quartiersentwicklung. Sie ist eine wesentliche Grundlage der Berliner Stadtentwicklungspolitik. So werden auf dieser Basis zum Beispiel Mittel des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in benachteiligte Bezirke und Quartiere gelenkt. Räumlicher Bezug sind 447 Quartiere (Planungsräume), die durchschnittlich etwa 7.500 Einwohnerinnen und Einwohner haben.

Senatorin Junge-Reyer: „Das Monitoring 2010 zeigt, dass wir die richtigen Gebiete ausgewählt haben, um mit Quartiersverfahren benachteiligte Kieze zu stärken. Auch die Festlegung der Aktionsräume plus durch den Senat vom Juni 2009 war folgerichtig. Das Projekt Stadtteilmütter, die Bildungs- und Sportverbände müssen ausgeweitet werden, denn schon jetzt zeigt sich, dass Stadtteile und Quartiere dann aufsteigen, wenn diese innovativen Ansätze und deren Vernetzung vor Ort – wie im Reuterkiez oder im Brunnenviertel – konsequent betrieben werden. Die Kürzungen der Bundesregierung im Bereich des Programms „Soziale Stadt“ sind kontraproduktiv und Berlin wird alles tun, dass die innovativen Ansätze der letzten Jahre fortgesetzt werden können.“

Die Kurzfassung des Gutachtens Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010, die Karten sowie die tabellarische Übersicht über alle 447 Berliner Teilräume und ihre jeweilige Bewertung sind im Internet unter [www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/monitoring/](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/) abrufbar.

## ■ Veranstaltungstipp für Fr, 18.02. 2011, 20.00 Uhr

### Ein Glockenton fliegt durch die Nacht

Heitere Lyrik von verschiedenen deutschen Dichtern soll einen sinnlich-leichten Reigen bilden, der das Herz hebt und das Lachen lockt. Im Lichtburgforum werden am 18. Februar ab 20.00 Uhr Gedichte und Gereimtes zu Gehör gebracht von. Erich Kästner, Loriot, Joachim Ringelnatz, Christian Morgenstern, Wilhelm Busch. Aber auch hier soll die Musik nicht zu kurz kommen, z.B. „do a capriccio - Wut über den verlorenen Groschen“ von Ludwig van Beethoven oder die „Humoresque“ von Jean Sibelius, aber auch Werke von Schostakowitsch und Mendelssohn. Eines der berühmtesten Zitate von Wilhelm Busch, „Musik wird oft nicht schön gefunden, weil sie stets mit Geräusch verbunden“, wird an diesem Abend vermutlich also nicht zu Gehör gebracht. Trotzdem verspricht es ein amüsanter Abend zu werden.

Lichtburgforum, Behmstraße 13, gegenüber Gesundbrunnencenter, Eintritt 10,- Euro, ermäßigt 7,- Euro.

Ihr direkter Draht zu  
**Ralf Wieland**  
(Impressum, Kontakt)

SPD-Fraktion  
Abgeordnetenhaus zu Berlin  
Niederkirchnerstr. 5  
10111 Berlin

Tel. 23 25 13 46  
23 25 22 22

[info@ralf-wieland.de](mailto:info@ralf-wieland.de)  
[www.ralf-wieland.de](http://www.ralf-wieland.de)



## Dokumentation

**Die Familienpolitik stand im Mittelpunkt der Klausurtagung der SPD-Abgeordnetenhausfraktion am 21. bis 23. Januar 2011 in Dresden. Wir dokumentieren nachfolgend als Ergebnis der Klausurtagung die Resolution der SPD-Fraktion mit den wichtigsten Zielen und Forderungen der SPD zur Familienpolitik.**

### ■ Berlin - Stadt der Familien

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Familie verändert. Familien sind bunter und vielfältiger geworden, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht weniger wichtig. Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und wo Generationen füreinander eintreten. Damit Familien diese Verantwortung auch tragen können, bedarf es einer angemessenen Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten, die sie unterstützt und fördert. Mit der Zukunft der Familie steht und fällt die Zukunft der Gesellschaft. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Darum will die SPD-Fraktion die Rahmenbedingungen, in denen Eltern und Kinder in Berlin leben, offensiv familienfreundlicher gestalten.

#### Räume für Familien

Familien ziehen zunehmend in die Stadt. Die damit verbundenen Chancen für eine kinder- und familienfreundliche Stadterneuerung will die SPD-Fraktion nutzen. Dazu gehören eine unterstützende soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien in ihrem direkten sozialen Umfeld, ausreichend bemessener und bezahlbarer Wohnraum sowie nachbarschaftliches Engagement. Familien brauchen Bewegungs- und Freiräume. Diese gehören zu einer familienfreundlichen Stadtplanung ebenso wie eine positive Bewertung von Kinder- und Sportlärm. Kinder, Jugendliche und ihre Familien sollen an möglichst vielen sie betreffenden Veränderungen im Wohnumfeld beteiligt werden. Wir unterstützen weiterhin Mehrgenerationenhaus-Projekte. Sie entlasten Familien und pflegende Angehörige.

#### Standortfaktor Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit ist ein wichtiges Argument für Unternehmen. Bereits heute besteht in den Unternehmen ein ausgeprägtes Verständnis dafür, dass Familienfreundlichkeit ein entscheidender Faktor für den Unternehmenserfolg ist. Wir stehen für ein Konzept, das öffentliche Anstrengungen, unternehmerisches Handeln und private Initiativen zusammenbringt, um Kindern und Familien ein optimales Umfeld zu ermöglichen. Die SPD-Fraktion wird die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen familienfreundlichen Wirtschaftsstandort Berlin weiter verbessern und Partner und Unterstützer der Unternehmen sein. Die Kampagne Be Berlin wollen wir ergänzen um den Baustein Familienfreundlichkeit „Be Berlin - Stadt der Kinder und Familien“.

### Vielfalt von Familien braucht Vielfalt von Angeboten

#### Leben mit kleinen Kindern

Kindertagesstätten sind Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für unsere Jüngsten. Mit der Änderung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes (KitaFöG) in 2009 sind wesentliche Verbesserungen für die Betreuung der unter 6-Jährigen in Berlin erreicht worden: Beitragsfreiheit für die letzten drei Kitajahre, Erhöhung des Rechtsanspruches auf bis zu sieben Stunden in den letzten beiden Kitajahren und die Erhöhung des Personal- und Leitungsschlüssels. Wir werden das Kita-Angebot quantitativ und qualitativ weiter ausbauen und wollen die Bedarfsprüfung in den Kitas abschaffen, damit alle Kinder die Möglichkeit ganztägiger Förderung erhalten.

#### Leben mit Schulkindern

Mit der Einrichtung des Ganztagsbetriebs an Grundschulen und integrierten Sekundarschulen entwickelt sich Schule immer mehr vom Lernort zum Lebensort. Insbesondere mit dem gebundenen Ganztagsbetrieb werden Bedingungen geschaffen, die der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen dienen und neue Bildungschancen eröffnen. Zukünftig soll es ein subventioniertes Mittagessen für die Kinder und Jugendlichen in allen Berliner Schulen geben.

Die Kooperation von Schulen mit Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und Kulturträgern werden wir weiter ausbauen. Ein bereits praktiziertes und gelungenes Beispiel hierfür ist der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung. Kinder und Jugendliche werden im Rahmen von Kooperationsprojekten zwischen Schulen, Jugend und Kultureinrichtungen mit Kunst und Kultur vertraut gemacht. Dies ist ein Baustein zur Persönlichkeitsentwicklung und ermöglicht kulturelle Teilhabe und Integration. Die Bedarfsprüfung für den Hort soll entfallen und die Möglichkeit einer Hortbetreuung soll auf die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse ausgedehnt werden, um diese noch bestehenden Betreuungslücken zu schließen.

#### Leben mit jungen Erwachsenen

Junge Menschen benötigen für ihre Entwicklung Räume, die sie selber gestalten können. Berlins Jugendfreizeiteinrichtungen leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Senat und Bezirke müssen auch in Zukunft in der Lage sein, Räume zu bieten, in denen Jugendliche und junge Erwachsene sich frei entfalten.

#### Leben als werdende Eltern

Wenn aus Paaren Eltern werden, ändert sich das Leben grundlegend. Auf diesen Umbruch fühlen sich viele Menschen nicht ausreichend vorbereitet. Um den neuen Lebensabschnitt zu erleichtern und um schnell die richtigen Anlaufstellen und Angebote für Familien zu finden, werden wir eine Internet-Plattform zur Information für Familien in Berlin bei der Senatsverwaltung für Jugend aufbauen. Familienplanung und die Auseinandersetzung mit einer geschlechtergerechten Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden in den Berliner Schulen thematisiert. Schulen müssen dabei mit Jugendhilfe, Gesundheitsdienst und Beratungsstellen kooperieren. Außerdem sind niedrigschwellige Beratungsstellen und erfolgreiche Projekte wie z.B. das „Babypuppen-Projekt“ zu sichern.

## **Leben mit Pflegebedürftigen**

Familie ist auch dort, wo Erwachsene ihre Angehörigen pflegen. Gegenwärtig benötigen 95.000 Berlinerinnen und Berliner pflegerische Betreuung. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl nach Prognosen auf 170.000 Menschen fast verdoppeln. Deshalb muss die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf dringend besser geregelt werden. Die SPD-Fraktion setzt sich eine, eine Bundesratsinitiative für die Umwandlung der unbezahlten 10-tägigen Freistellung im Pflegezeitgesetz in eine von Arbeitgebern und Pflegekassen finanzierte Lohnfortzahlung zu starten. Pflegenden Angehörigen, die ihre Arbeitszeit verkürzen, erhalten einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitstelle. Die Berliner Pflegestützpunkte sind ein Erfolg unserer Politik. Deshalb wollen wir sie weiter ausbauen.

## **Leben mit Behinderungen**

Körperliche, geistige oder seelische Behinderungen von Angehörigen verändern das Leben der jeweiligen Familien. Damit es Familien gelingt, die sich aus der Behinderung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder ergebenden Beschränkungen positiv zu verarbeiten, bedürfen sie der Unterstützung. Inklusion fängt in der Familie an und muss sich in der Gesellschaft fortsetzen.

Die SPD-Fraktion bekennt sich zu einem Begriff der Inklusion, der nicht nur einseitig die Integration von behinderten Menschen in die Gesellschaft umfasst, sondern auch die Veränderungsprozesse der Gesellschaft, die notwendig sind, um Menschen mit Behinderung ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Auf dem Weg dahin heißt es weiter voran zu gehen und die Bereiche in den Blick zu nehmen, in denen Behinderung noch Beschränkung und Ausgrenzung bedeutet. Dies bedeutet auch, die Barrierefreiheit in unserer Stadt auszubauen.

## **Herausforderungen meistern - Unterstützung für Familien**

### **Neue Chancen für Kinder in Armut**

Auch in Berlin gibt es Kinderarmut. 36 % der Kinder sind auf unterstützende Sozialleistungen angewiesen. Mangel an Mitteln darf nicht dazu führen, dass diesen Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben verwehrt bleibt. Teilweise hilft der Sozialstaat durch unterstützende Sozialleistungen. Zusätzlich fördern wir in Berlin die Teilhabe beispielsweise durch kostenlosen Kita-Besuch, durch Finanzierung von Mobilität, Kultur und Sport. Kinder sind aber auch dann arm, wenn ihnen die nötige soziale Zuwendung vorenthalten wird.

Um Familien das notwendige unterstützende Wissen zur Verfügung zu stellen, sie zur Selbstorganisation anzuleiten und ihnen einen Anlauf- und Treffpunkt im Einzugsgebiet zu schaffen, wollen wir Kitas und langfristig auch Schulen zu Familienzentren entwickeln.

Außerdem wollen wir zur Beantragung aller kindbezogenen Sozialleistungen zukünftig in jedem Bezirk die Bürgerämter zu Servicestellen für Familien ausbauen. Den Berlinpass, der vergünstigten Eintritt bei Sport, Kultur und Freizeit bietet, wollen wir auch Familien, die den Kinderzuschlag nach SGB II erhalten, zur Verfügung stellen.

### **Überforderungen vermeiden - Familien unterstützen**

Das Wohl der Kinder in unserer Stadt ist ein wichtiges Element unserer Politik. Wir initiierten das „Netzwerk Kinderschutz“, um einer drohenden Vernachlässigung, Misshandlung oder dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen entgegen zu wirken. Das Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes ergänzt das Netzwerk Kinderschutz und sichert es rechtlich ab. Die SPD-Fraktion tritt dafür ein, die Frühen Hilfen als Angebot für Familien vor und nach der Geburt in den Bezirken weiter auszubauen. Die Hotline Kinderschutz soll mehrsprachig erreichbar sein. Die Einbindung der Familien-Zentren in das Netzwerk Kinderschutz unterstützen wir.

In einer komplexen (Bildungs-)Welt brauchen Familien qualifizierte Unterstützung. Die bereits an vielen Bildungseinrichtungen tätigen Elternlotsen und ähnliche niedrigschwellige Projekte wie z.B. die Stadtteilmütter und Mütterkurse werden wir auch weiterhin finanziell unterstützen. Wir wollen eine Anerkennung der Leistungen für die ehrenamtlich Tätigen z.B. durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie kostenloses Coaching schaffen.

Die Überforderung junger Familien scheint gerade in bildungsfernen Familien zuzunehmen. Die üblichen Angebote der Familienbildung erreichen oft die gefährdeten Eltern nicht. Angebote, die Familienerholung mit Familienbildung koppeln, bieten gestressten Eltern Erholung und qualifizieren sie gleichzeitig im Umgang mit ihren Kindern. Die SPD-Fraktion fordert die Bezirke auf, Familienbildungs- und Erholungsangebote zu koppeln.

### **Elternverantwortung einfordern - Kinderrechte stärken**

Dank guter Rahmenbedingungen in Berlin ist schon heute der weit überwiegende Teil der Familien in der Lage gegenseitige Solidarität zu leben. Da sind die Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern und ihnen viele Möglichkeiten eröffnen und die Kinder, die ihre Eltern pflegen. All dies ist für viele so normal, dass es häufig aus dem Blick gerät. Doch es gibt auch die Ausnahmen.

Wo sich Familien oder Familienmitglieder ihrer gegenseitigen Verantwortung entziehen, bedarf es nachhaltiger Interventionen. Dies gilt insbesondere, wenn Elternrechte zu Lasten der Kinderrechte gehen. Deshalb setzt sich die SPD für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein. Für die Berliner Verfassung haben wir dies bereits umgesetzt.

Für viele Eltern ist es von besonderer Bedeutung, dass ihre Kinder einen guten Start ins Leben durch eine gute Ausbildung erhalten. Sie investieren Zeit und Geld in die Bildungschancen ihrer Kinder. Das Recht auf Bildung steht aber allen Kindern zu, unabhängig vom Verhalten ihrer Eltern. Getreu dem Prinzip „Fördern und Fordern“ steht die SPD-Fraktion für jede Unterstützung von Familien, die Schwierigkeiten haben. Sie setzt sich aber auch im Interesse der Kinder dafür ein, Menschen, die ihre Kinder nicht fördern lassen oder vernachlässigen, in die Pflicht zu nehmen. Ein Schritt soll sein, mit den Eltern verbindliche Vereinbarungen zu treffen. Zusätzlich bedarf es einer besseren Vernetzung und Kooperation aller sozialen Dienste, der Einbeziehung von Migrantenorganisationen und wenn erforderlich der Ordnungsbehörden.

## Integration von Anfang an

Zugewanderte Familien bzw. Familien mit Migrationshintergrund sind sehr heterogen. Sie unterscheiden sich u.a. nach der Dauer ihres Aufenthaltes, nach ihren Migrationserfahrungen, ihrer ethnisch-kulturellen bzw. religiösen Herkunft voneinander. Viele Familien mit Migrationshintergrund haben ein höheres Armutsrisiko. Die SPD-Fraktion unterstützt Eltern mit Migrationshintergrund insbesondere bei der Förderung ihrer Kinder sowie bei der eigenen sprachlichen und beruflichen Weiterqualifizierung. Daneben wollen wir aktivierende Partizipationsangebote ausbauen, um sie stärker in die Gestaltung ihrer Kieze einzubeziehen. Gleichzeitig muss auch die zunehmende Anzahl von älteren Familienangehörigen berücksichtigt werden, d.h. entsprechende Unterstützungsangebote müssen entwickelt bzw. bestehende Angebote müssen angepasst werden.

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen

Dienstleistungen nehmen im Wirtschaftsleben Berlins einen immer größeren Platz ein. Arbeitszeiten sind nicht immer familienfreundlich. Deshalb muss die Kinderbetreuung in Berlin flexibler werden. Mit der Einführung eines Kind bezogenen Erzieher/innenschlüssels statt eines Gruppenschlüssels hat der Senat den Kindertagesstätten erweiterte Öffnungszeiten ermöglicht. Sehr viele Kindertagesstätten in Berlin bieten Öffnungszeiten von bis zu 12 Stunden an.

Die ergänzende Tagespflege koppelt das Bildungsangebot der Kindertagesstätten mit einem Betreuungsangebot außerhalb der Kita-Öffnungszeiten. Dieser Weg muss ausgebaut und stärker institutionalisiert werden. Auch für Berufstätige mit Nachtdiensten müssen Lösungen angeboten werden.

## ■ Regierender Bürgermeister nahm Familienbericht 2011 entgegen

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit hat bei der Entgegennahme des Berliner Familienberichts 2011 die Bedeutung der Familienpolitik des Senats unterstrichen. Überreicht wurde der Bericht Wowereit und Familiensenator Jürgen Zöllner vom Vorsitzenden des Beirats für Familienfragen, Peter Ruhenstroth-Bauer, und weiteren Mitgliedern des Berliner Beirats für Familienfragen.

Wowereit: „Familien prägen unser Gemeinwesen. Für die Zukunft der Stadt müssen wir deshalb gute Lebensbedingungen für Familien sicherstellen und ihnen vor allem Entwicklungschancen bieten. Dazu gehören insbesondere verbesserte Betreuungsangebote in Kitas und Horten. Berlin ist da schon jetzt vorbildlich, aber es sind, wie auch der Familienbericht zeigt, weitere Akzente im Interesse junger Familien sinnvoll, um Familie und Beruf noch besser miteinander vereinbar zu machen. Ich danke dem Berliner Beirat für Familienfragen für seine intensive Arbeit, die wichtige Anregungen für unsere Stadt enthält“.



„Zusammenleben in Berlin“ - das war der Ansatz, den der Berliner Beirat für Familienfragen für die Berichterstattung zur Lage der Familien in Berlin gewählt hat. Er gilt für alle Lebensphasen und für alle Menschen in dieser Stadt. „Dafür war es uns wichtig, neben der wissenschaftlichen Betrachtung auch die Familien - als Experten in eigener Sache - unmittelbar zu Wort kommen zu lassen“ betonte Ruhenstroth-Bauer. „Die vielen Beiträge der Familien zeigen deutlich, wo die Defizite liegen, aber auch was aus Familiensicht geschätzt wird“, so der Beiratsvorsitzende.

Ergänzt wird die Familienberichterstattung durch zahlreiche Beispiele aus der guten Praxis. „Von der Elternzeitberatung über die Jugenddisco bis zur Pflege von Angehörigen - hier lässt sich nicht nur nachschauen, wo es was gibt, sondern auch Anregung finden, was im eigenen Bezirk noch machbar ist“, so Ruhenstroth-Bauer.

Familiensenator Prof. Jürgen Zöllner erklärte anlässlich der Berichtsübergabe: „Mit seinem Dialogansatz sowie seinen unkonventionellen wie öffentlichkeitswirksamen Aktionen hat sich der Berliner Beirat für Familienfragen als wichtige Stimme der Berliner Familien etabliert. Und letztlich wird bei all seiner Kritik deutlich, dass Berlin ein prima Ort zum Leben ist - für Kinder und für Eltern gleichermaßen.“

Der Berliner Beirat für Familienfragen, vom Senat berufen, ist u. a. damit beauftragt worden, in dieser Legislaturperiode den Familienbericht für Berlin zu erarbeiten. Als ehrenamtliches und überparteiliches Gremium haben die im Beirat vertretenden Mitglieder aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, aus den sozialen Verbänden, wie aus Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften intensiv zu den fünf Schwerpunktthemen des Berichts beraten. Im Fokus standen besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienrelevante Bildungsaspekte, die Infrastruktur, Armut und soziale Ungleichheit sowie das Zusammenleben im Kiez. Als Querschnittsthema wurden die Fragen der Integration in allen Schwerpunkten bearbeitet. Die Befunde, Empfehlungen und Anregungen, die im Berliner Familienbericht 2011 zusammengestellt sind, sollen anregen, ins Gespräch zu kommen und dazu beitragen, die Wünsche, Nöte und Bedürfnisse von Familien in Berlin stärker in den Blick zu nehmen. Konkrete Handlungsempfehlungen an Politik, Wirtschaft und Verwaltung machen deutlich, wo mehr für Familien getan werden muss. Der Handbuchteil des Berichts zeigt, wo heute schon gute Praxis in der Stadt umgesetzt wird.

relevante Bildungsaspekte, die Infrastruktur, Armut und soziale Ungleichheit sowie das Zusammenleben im Kiez. Als Querschnittsthema wurden die Fragen der Integration in allen Schwerpunkten bearbeitet. Die Befunde, Empfehlungen und Anregungen, die im Berliner Familienbericht 2011 zusammengestellt sind, sollen anregen, ins Gespräch zu kommen und dazu beitragen, die Wünsche, Nöte und Bedürfnisse von Familien in Berlin stärker in den Blick zu nehmen. Konkrete Handlungsempfehlungen an Politik, Wirtschaft und Verwaltung machen deutlich, wo mehr für Familien getan werden muss. Der Handbuchteil des Berichts zeigt, wo heute schon gute Praxis in der Stadt umgesetzt wird.

Der komplette Berliner Familienbericht 2011 ist als Datei auf der Homepage des Berliner Beirats für Familienfragen [www.familienbeirat-berlin.de](http://www.familienbeirat-berlin.de) oder als Publikation erhältlich.